

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 12 (1971)  
**Heft:** 25

**Artikel:** Tschechoslowakei 1971  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095486>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

▶ (Allerdings streikten auch in Peru, wo auch eine «sozialistische» Regierung besteht, das Militärregime des Generals Velasco Alvarado, 13 000 Bergbauarbeiter. Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizisten ergaben mehrere Tote und viele Verletzte. Als die peruanischen Lehrer vor einigen Wochen streikten, wurden viele von ihnen kurzerhand entlassen und die wichtigsten Leiter ihres gewerkschaftlichen Gremiums des Landes verwiesen.)

### «Wir wollen euch mit unserm Zucker helfen. Aber kauft ihn nicht bei der Konkurrenz, nur weil sie billiger ist.»

Die immer ernster werdenden Finanzsorgen der chilenischen Regierung versucht Allende dadurch zu erklären, dass er die Schuld auf seine Vorgänger schiebt.

Er erklärte, dass Chile pro Kopf die höchste Auslandsverschuldung der Welt (mit Ausnahme Israels) habe: im ganzen 3 Milliarden Dollar. Ob dies stimmt oder nicht, Allende ist jedenfalls dabei, die schon verzwickte Wirtschaftslage des Landes dem Tiefstand zuzusteuern. Seine Finanzberater haben sämtliche Fehler wiederholt, die «sozialistische Wirtschaftsplaner» in der ganzen Welt seit Jahrzehnten gemacht und bereut haben. Ständig steigt die Arbeitslosigkeit. Der schwarze Markt blüht, weil die meisten Konsumgüter wegen Schliessung von Fabriken oder deren Verstaatlichung nicht ausreichen, um die Bevölkerung zu versorgen.

Castro, der die Sorgen kennt, hatte völliges Verständnis mit Allende; der Kubaner erneuerte auch sein Hilfeangebot an den Kollegen: «Nie wird das chilenische Volk ohne Zucker bleiben», versprach er. Sicherlich würde Kuba gern Zucker an Chile verkaufen, aber es ist nun so, dass zwei Nachbarländer, Peru und Argentinien, beide Zucker erzeugen und ausführen, und dass die Verschiffungskosten aus diesen beiden Ländern bedeutend geringer sind.

In Chile hetzt die ultralinke MIR (die dortigen Tupamaros) weiterhin die Landbevölkerung auf, damit sie Güter illegal besetzt, und sie scheut sich auch nicht, die Regierung Allende anzugreifen, obgleich die Sozialistische Partei Allendes links von der chilenischen KP steht und obgleich Fidel Castro bei seinem Besuch in Chile die Gewaltprediger nicht gerade ermutigt hat.

An den Universitäten entstehen mehr Krawalle und blutige Unruhen als zu den Zeiten der nicht-sozialistischen Regimes, und Allende sah sich sogar genötigt, in Santiago den Ausnahmezustand zu verhängen. Er nennt die Rebellen jetzt «Rechtsextremisten».

In Chile traf Fidel Castro eine Reihe von Persönlichkeiten, darunter auch den Kardinal von Santiago, Raul Silva Henriquez, der versprach, für Fidel Castro zu beten — was diesem wohl nicht allzu sehr imponiert haben dürfte —, sowie den Ersten Sekretär der uruguayischen Kommunistischen Partei, Rodney Arismendi.

### Uruguay: Wahlanalysen

Das Ergebnis der uruguayischen Wahlen vom 28. November (die von entscheidender Bedeutung sind, nicht allein für das Land, sondern auch für das Kräfteverhältnis in ganz Lateinamerika und besonders im sogenannten La-Plata-

Becken) ist zurzeit noch nicht eindeutig, weder was die Siegerpartei noch was die Person des zukünftigen Präsidenten betrifft.

Wegen des geringen Unterschiedes zwischen den Stimmen für die zwei rivalisierenden Spitzenkandidaten — Juan Bordaberry der Colorado-Partei und Wilson Ferreira der National-Partei — wird das endgültige Ergebnis wahrscheinlich erst Ende Dezember oder gar im Januar 1972 bekannt werden, wenn die 150 000 blockierten Stimmzettel einzeln geprüft und gezählt werden. Immerhin sind die uruguayischen Wahlen interessant, weil sie einen persönlichen Triumph für den bisherigen Staatschef bedeuten. Jorge Pacheco Areco, der durch die Umstände und nicht kraft seiner eigenen Person (nach dem Tode des gewählten Präsidenten Oscar Gestido) an die Macht gelangte, wurde mit einem Ja seitens 27 Prozent der Wählerschaft (bei insgesamt neun Präsidentschaftskandidaten) honoriert, wegen seines Versuchs, mit der Subversion und dem Terrorismus im Lande Schluss zu machen. Konkret bezog sich das zugleich mit den Wahlen vollzogene Plebiszit auf eine Verfassungsänderung, die die Wiederwahl des Präsidenten sofort nach Ablauf einer Regierungsperiode erlauben sollte. Dass seine Wiederwahl nicht die nötigen 50 Prozent plus 1 der abgegebenen Stimmen erhielt, ändert nichts an der Tatsache, dass ein bedeutender Teil der Bevölkerung die Tupamaros radikal ablehnt. Zeugnis hiervon legt auch der Slogan, der ständig spontan und völlig ungewohnt in den Tagen vor der Wahl in den Strassen Montevideos zu hören war: «Policia si, Tupamaros no», ab.

### So oder so: Die Volksfront wird zum Zünglein an der Waage

Es ist nicht zu bestreiten, dass die aus Moskau mitfinanzierte Linke einen nicht zu unterschätzenden Erfolg verbuchen konnte, auch wenn sie

ihr unmittelbares und als sicher gewähltes Ziel der Uebernahme der Montevideaner Stadtverwaltung nicht erreichte.

Interessanterweise hat jedoch innerhalb dieses Linkssektors (der bei dem nächsten Parlament fast 20 Prozent der Sitze einnehmen wird, eine bedeutende Zunahme) nicht die Kommunistische Partei als treibende und finanzierende Kraft der Volksfront, zahlenmässig die Oberhand, sondern die restliche Linke: Christlichdemokraten, Sozialisten und andere Gruppen, die ideologisch und aktionsmässig links von der KP stehen.

Die Beziehungen der Sozialistischen Partei zu den Tupamaros ist kein Geheimnis und genauso wenig die Feindschaft zwischen den Terroristen und den aus Moskau dirigierten Genossen. Hätte die Volksfront — hier Frente Amplio genannt — die Wahlen gewonnen, so wäre es der KP trotzdem möglich gewesen, sich als Führer dieser Koalition hinaufzuschwingen. Aber in der Opposition dürften die Kommunisten mehr Schwierigkeiten mit ihren Genossen von links haben als mit ihren traditionellen Feinden der regierenden bürgerlichen Partei, egal ob Colorado- oder National-Partei.

Andererseits wird die kommunistische Volksfront im nächsten Parlament — wer auch schliesslich am 1. März die Regierung übernehmen sollte — das Zünglein an der Waage sein und wahrscheinlich versuchen, mit der Oppositionspartei eine parlamentarische Majorität zu bilden.

Hiermit geht Uruguay einer Periode der überdimensionalen politischen Erpressung entgegen, die die Existenz der bisherigen uruguayischen Demokratie lebensgefährlich belasten wird. Wer der Gewinner der uruguayischen Wahlen sein wird, ist mehr als eine Frage der Zahlen. Werden die bürgerlichen Parteien Uruguays einer international gelenkten und finanzierten Minderheitsgruppe wie der KPU und den einheimischen Tupamaros Paroli bieten können? ■

## Tschechoslowakei 1971

Aus «Listy», Rom

Wir hatten in der letzten Nummer (Seite 12) darüber berichtet, wie in der Tschechoslowakei die Vorbereitung einer Dürrenmatt-Aufführung als staatsfeindliches Delikt betrachtet wird. Das Beispiel stammt aus einer Serie von konkreten Einzelheiten, welche die exilkommunistische Zeitschrift «Listy» publiziert hat. Sie wird von Redaktoren und Mitarbeitern des gleichnamigen tschechoslowakischen Schriftstellerorgans bis 1969 herausgegeben, die den Gedanken des «Prager Frühlings» heute eine Fortsetzung im Ausland geben. Wir entnehmen jedem Beitrag weitere Einzelheiten; es sind ebenso viele Aufschlüsse über die tschechoslowakische Situation.

### A. Novotny eingeschaltet

Wenn schon so viele Leute der Novotny-Aera in höhere Funktionen gelangen, wäre es ungerecht, wenn er selbst so ganz beiseite gelassen würde. Der schamhafte Antrag der Parteikontrollkommission, Novotny solle «auf entsprechende Art» Selbstkritik üben, ist von ihm zurückgewiesen worden. Völlig zu Recht. Denn die jetzige Führung tut ja nichts anderes, als dass sie zu seiner Politik zurückkehrt. Die Ergebnisse sind sogar eher noch schlechter. Und so sieht er keinen Grund zur Selbstkritik, sondern vielmehr zur Selbstgerechtigkeit. Viele Funktionäre haben Angst vor Novotny und möchten ihn nicht gerne in der Opposition als ihren Gegner sehen. So be-

mühen sie sich sehr, ihn zur Mitarbeit heranzuziehen. Laut letzten Nachrichten arbeitet Novotny aktiv in der Abteilung der Kontrollkommission für die Fragen der Parteimitgliedschaft.

### Streng geheim

Ueber die Rückerstattung der Parteimitgliedschaft an Novotny samt Bacilek, Köhler und Urvalek hat die Presse der ganzen Welt berichtet. Aber in der Tschechoslowakei selbst wurden die Parteimitglieder bei ihren Versammlungen im Juli darüber in Form einer «streng geheimen Mitteilung» orientiert. Man schloss sogar die ausdrückliche Mahnung an, die Auskunft nicht ein-

mal an Familienmitglieder weiterzugeben, insbesondere nicht an jene, die von der Partei ausgeschlossen oder von ihren Listen gestrichen wurden.

#### Den «wissenschaftlichen Kommunismus» dozieren sowjetische Lektoren

Der «wissenschaftliche Kommunismus», die serwilste sowjetische Interpretation des Marxismus, wird am neugegründeten Institut für Marxismus-Leninismus und an den meisten tschechoslowakischen Hochschulen wegen Mangels an eigenen verlässlichen Kadern von sowjetischen Lektoren doziert. Vorlesungen und Prüfungen erfolgen in russischer Sprache. Das Verhältnis der Studenten zum also vorgetragenen Gegenstand geht über unsere Vorstellungen vom möglichen Grad studentischen Hasses auf den Gegenstand und seine Lehrer hinaus.

#### Arme Lehrer

Laut interner Weisung des tschechoslowakischen Schulministeriums wird von den Lehrern aller Schulen als Loyalitätsbeweis nicht nur die Mitgliedschaft, sondern auch die «unabdingbare aktive Tätigkeit» in irgendeiner Organisation der gleichgeschalteten Nationalen Front gefordert. Als Kriterium für die Erfüllung dieser Auflage wird die Annahme irgendeiner Funktion in diesen Körperschaften gewertet. Die Eingliederung in diesem Sinne läuft jetzt an.

#### Peinliche Fragen

Anscheinend ist nicht einmal in der normalisierten Partei, aus der man eine halbe Million von «Rechtselementen» hinausgesäubert hat, alles in Ordnung. Auf einer Parteiversammlung referierte Paul Auersperg, der Leiter der internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPTsch. Zu seiner Ueberraschung äusserten sich die Anwesenden mit beträchtlicher Kritik zum Inhalt seines Vortrages und stellten ihm unangenehme Fragen. Zum Beispiel: «Warum liess man den Vertreter der italienischen KP auf dem Kongress nicht zu Wort kommen? Warum kam kein Vertreter der englischen KP?» Und es fiel sogar die Bemerkung, ob nicht «die Danksagung an die Sowjetunion ein bisschen zu sehr übertrieben» sei.

#### Angst vor Che Guevara

Nach der grossen Ausräumungsaktion dieses Sommers in den öffentlichen Leihbibliotheken sind jetzt die Buchhandlungen an der Reihe, die von «fliegenden Kommissionen» besucht werden. Unter der Masse der beschlagnahmten «unerwünschten» Literatur befindet sich auch das vor kurzem herausgegebene «Tagebuch» von Che Guevara. In einzelnen Distrikten kam es schon zu Verurteilungen von Staatsbürgern wegen «Lesens und Verbreitens aufwieglischer Literatur».

#### Die politischen Prozesse mehren sich

In den Jahren 1965 bis 1968 waren jährlich zwischen 30 und 60 Leute wegen Strafhandlungen gegen die Republik (ohne Berücksichtigung des Deliktes der Republikflucht) verurteilt worden. Im ersten Halbjahr 1970 betrug die Zahl der Verurteilten 506, und die Zahlen wachsen ständig. Die meisten Verurteilungen erfolgen auf Grund der gesetzlichen Verfügung vom August 1969, das heisst laut einer Norm mit rückwirkender Inkraftsetzung und ohne Recht auf einen

Verteidiger während der Untersuchung. Zum letztenmal hatte man in der Tschechoslowakei eine rückwirkende Strafnorm im Jahre 1945 angenommen, und zwar bezüglich der Verfolgung von Kriegsverbrechern. Diese Norm war allerdings in Einklang mit der Verfassung erlassen worden, während jene vom August 1969 der Verfassung widerspricht.

#### Ein Sanatorium wird aufgehoben, weil es die Sowjetarmee für sich beansprucht

Die Lungenheilstätte in Kostelec wird aufgehoben. Es handelt sich um eines der modernsten Sanatorien der Tschechoslowakei, ausgerüstet für 300 Patienten, mit zwei gut ausgestatteten Operationssälen mit eigenen Wohnbauten für die Angestellten, in einer schönen Umgebung situiert.

Diesen Frühling waren eines Tages zwei Sowjetoffiziere in die Heilstätte gekommen. Der Portier liess sie eintreten, und sie besichtigten die Gebäulichkeiten vom Keller bis zum Estrich auf eigene Faust, ohne die Direktion mit ihrer Aufwartung zu belastigen. Einige Tage später kreiste ein Sowjethelikopter über dem Sanatorium, offenbar um es zu fotografieren.

Anscheinend gefiel den zuständigen Okkupationsorganen das Ergebnis dieser Erkundung. Jedenfalls brachte die Anstaltsleitung Anfang Juni in Erfahrung, dass die Sowjetarmee den ganzen Gebäudekomplex übernehmen werde. Man wird die Kranken teilweise entlassen oder in schwereren Fällen in andere Anstalten überführen. Aerzte und Hilfspersonal können sich eine neue Beschäftigung suchen. Und die Mieter der spitaleigenen Wohnungen müssen ausziehen.

Noch steht eine Formalität aus. Die Uebergabe der Heilstätte an die sowjetische Verwaltung fällt nämlich in die Kompetenz der Regierung, und diese hat von ihrer Zuständigkeit noch keinen Gebrauch gemacht. Aber weil die Evakuierung der Räumlichkeiten bereits begonnen hat, besteht kein Grund daran zu zweifeln, dass die Regierung ihren «Entscheid» eben nachträglich fällen wird.

#### Die Flucht der Gehirne

Laut offiziellen, aber nicht veröffentlichten Angaben haben 120 Mitarbeiter die Medizinische Fakultät der Prager Karlsuniversität verlassen, nämlich 53 Professoren, Dozenten und Assistenten, 13 wissenschaftliche Mitarbeiter und 54 andere Angestellte. Von den Vorlesungen sind 170 Hörer ausgeschlossen worden. Während der Säuberungsaktion wurden auf dieser Fakultät 53 Prozent, das heisst mehr als die Hälfte, der Parteimitglieder aus der KPTsch ausgeschlossen. — Seit 1968 sind aus den tschechischen Ländern allein 1300 Aerzte ins Ausland gegangen.

Auf der Philosophischen Fakultät der Karlsuniversität sind 56 Professoren, Dozenten und Assistenten entlassen worden. Seit 1968 sind von den Mitarbeitern der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften 470 aus den tschechischen Ländern und 163 aus der Slowakei ins Ausland gegangen.

#### Die Gemeindechroniken werden umgeschrieben

Die Husaksche Führung ist tatsächlich konsequent. Es genügt ihr nicht, mit ihrem Dokument «Lehren» und mit anderen propagandistischen Erfindungen die Geschichte zu fälschen. Es ge-

nügt ihr nicht, alle Exemplare des sogenannten «Schwarzbuches» zu verurteilen und einzustampfen, welches ein dokumentiertes Zeugnis über die ersten Tage der Okkupation war. Dem Bildersturm fallen jetzt auch die Gemeindechroniken zum Opfer. Begründung: «Es ist notwendig, auch die Eintragungen in den Gemeindechroniken aus den Jahren 1968/69 umzuwerten, da sie oft allzu subjektiv sind und unter der Botmässigkeit der damaligen Zeit stehen.» In etlichen Bezirken hat man mit dieser Arbeit bereits begonnen.

#### Geschichtsunterricht ohne Geschichtsbücher

Die Lehrerzeitung hat eine «Empfehlung des Schulministeriums» veröffentlicht. Danach brauchen die Schüler der 9. Klasse (Abschlussklasse der Elementarschule; Anm.) beim Geschichtsunterricht überhaupt keine Geschichtsbücher mehr zu benutzen. Vielmehr haben sie sich für jenes Fach «auf Grund ihrer Aufzeichnungen in den Notizheften» vorzubereiten. Laut dieser Richtlinie müssen die Lehrer zu ihren eigenen Vorbereitungen gewisse amtlich empfohlene Zeitungsartikel benutzen. So zum Beispiel die Ausführungen von Bruno Köhler, der sich schon zur Zeit der stalinistischen Prozesse hervorgetan hatte. Wahrhaftig berufene Experten zur «Umwertung» der Geschichte.

#### Die Wissenschaft ist nicht für Arbeiter

Etliche Wissenschaftler, die man von ihrem Arbeitsplatz ausgeschlossen hat (sie leben heute zum Teil als Hilfsarbeiter) sind in jüngster Zeit auf die Folge weiterer «Massnahmen» gestossen. Als sie sich zur Ausleihe von Fachliteratur an die Staatliche Wissenschaftliche Bibliothek wandten, um wenigstens in ihrer Freizeit wissenschaftlich arbeiten zu können, wurden sie mit der Begründung abgewiesen, dass sie «laut diesbezüglichen Weisungen nicht mit solcher Arbeit betraut» seien. Deshalb könne ihnen die geforderte Dienstleistung nicht gewährt werden. Dabei ist das eine Dienstleistung, auf die jeder tschechoslowakische Bürger Anspruch hat. ■

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

#### ZeitBild

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung  
Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch  
Telegramm Schweizost  
Postcheck ZeitBild 30-24616. Banken: Spar + Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank Frankfurt a. M. 78-2409

#### Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6

#### Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

#### Administration und Anzeigenverwaltung

Hans Erpf

#### Abonnementspreise

Fr. 30.– jährlich (Ausland Fr. 32.–, DM 30.–)  
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.–  
(Ausland Fr. 22.–, DM 20.–)  
Halbjahr Fr. 16.– (Ausland Fr. 17.–, DM 16.–)  
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.–, DM 1.50)